



An den Vorsitzenden
des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
Herrn Rainer Deppe MdL

Fraktionsvorsitzender
Stefan Götz, CDU

Tel.: 0221/ 1395446 Telefax: 0221/ 1395451
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Hans-Joachim Bubacz, SPD

Tel.: 02273/ 52307 Telefax: 02273/ 914794
E-Mail: nc-bubaczha@netcologne.de

Köln, 07.02.2014

18. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 14. Februar 2014
hier: Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Deppe,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates Köln am 14. Februar 2014 aufzunehmen:

Stellungnahme des Regionalrats Köln zum Entwurf des Landesentwicklungsplans

Beschluss:

Der Regionalrat Köln beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans und bringt diese in das Beteiligungsverfahren ein.

Stellungnahme:

Der Regionalrat Köln begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, einen neuen Landesentwicklungsplan zu erarbeiten. Er bietet die Chance auf die geänderten Herausforderungen und absehbaren Entwicklungen einzugehen.

Der Regierungsbezirk Köln ist eine wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell starke und vielfältige Region.

Flächenverbrauch und Planungshoheit der Kommunen

Die kommunale Planungshoheit darf durch den neuen Landesentwicklungsplan nicht eingeschränkt werden. Zudem muss deutlicher zum Ausdruck kommen, dass auch im

ländlichen Bereich angemessene Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet werden und in kleineren Gemeinden und kleineren Ortsteilen der Regionalplanung genügend Spielraum verbleibt, unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Gegebenheiten den Siedlungsraum zu erweitern und eine bedarfsgerechte Infrastruktur vorzuhalten. Die Planungsflexibilität muss durch Ausnahmen vom Grundsatz gewährleistet sein.

Zudem darf es vor der Einbringung des neuen LEPs in die politische Debatte im Landtag keine Festlegung auf ein diffuses und nicht eindeutig definiertes Flächenbedarfsmonitoring geben, dessen Berechnungsgrundlage nicht bekannt ist.

Grenzraum

Der Grenzraum im Dreiländereck erfordert eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten. Offene und flexible Planungsanforderungen sind hier eine wichtige Voraussetzung, um auf die unterschiedlichen Ländergegebenheiten einzugehen.

Energieregion

Der Regierungsbezirk ist eine wichtige Energieregion mit einem hohen Anteil an der Energiegewinnung, aber auch des Energieverbrauchs. Der längerfristige Umbau der Energieregion von der Gewinnung der fossilen Brennstoffe hin zu erneuerbaren Energiegewinnung benötigt die entsprechenden planerischen Freiräume und darf durch den Landesentwicklungsplan nicht behindert werden.

Tagebau

Der voranschreitende Abbau der Braunkohle führt zu einem großen Flächenverlust, der nicht ausgleichbar ist. Die sich langfristig bildende Seenlandschaft erfordert eine flexible, sich den kommenden Anforderungen und verändernden Gegebenheiten angepasste Planung und die daraus ergebende Nutzungen. Der enorme Flächenverlust (bspw. Indesee) darf nicht in die Flächenbilanz (5ha-Ziel) mit eingerechnet werden.

Bevölkerungsentwicklung

Der Regierungsbezirk ist in der Bevölkerungsprognose durch gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Wird in der Rheinschiene und im Grenzraum Aachen zum Teil von einer deutlichen Bevölkerungszunahme ausgegangen (für Köln erwartet man bis zu 10% mehr Bevölkerung, was einen ganzen neuen Stadtbezirk bedeutet), sieht sich der ländliche Raum schon jetzt mit einem spürbaren Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Diese sehr unterschiedlichen Entwicklungen bedeuten auf der einen Seite einen notwendigen Ausbau an Infrastruktur und eine erhöhte Flächeninanspruchnahme, auf der anderen Seite eine flexible den Anforderungen gerecht werdenden Daseinsvorsorge und Mobilitätssicherung mit heute noch nicht abschätzbaren planerischen und finanziellen Maßnahmen.

Trotz der zu erwartenden Bevölkerungsabnahme im ländlichen Raum muss die Daseinsvorsorge und Mobilität sichergestellt werden. Für die dort ansässigen kleinen bis mittleren Betriebe muss eine Bestands- und Entwicklungschance planungsrechtlich sichergestellt werden. Der Flächenverbrauch darf nicht starr am 5ha-Ziel angekoppelt sein sondern muss flexibel gestaltbar bleiben und der Heterogenität des Regierungsbezirks gerecht werden.

Älter werdende Gesellschaft

Die sich ändernde Bevölkerungsstruktur in einer älter werden Gesellschaft stellt neue Anforderungen.

Es wird nicht ausreichen den heutigen Weg des Ausbaus von altersgerechten Wohnungen in neuen Lebensformen zu unterstützen. Im Pflegebereich wird auch der Ausbau von

bisher bekannten Pflegeeinrichtungen nicht ausreichen. Neue Formen des Zusammenlebens von Pflegebedürftigen werden zu entwickeln sein(zum Beispiel größere Wohneinheiten für die an Demenz/ Alzheimer erkrankten Menschen das Zusammenleben in Form von kleinen Dörfern zu ermöglichen) Hier sei auf das Modell in Amsterdam und auf die Planung der Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein in Düren hingewiesen. Dieses bedeutet eine weitere Flächeninanspruchnahme.

Logistik

Die Lage des Regierungsbezirks Köln zwischen den Nordseehäfen und dem Rhein ist von hoher Bedeutung und erfordert für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ein überregionales Logistikkonzept. Der Warenverkehr mit seiner prognostizierten hohen Steigerung ist eine große Herausforderung und Chance zugleich. Logistik, Güterverteilung und Warenkonfektionierung bieten die Möglichkeit einer hohen Wertschöpfung, die eine positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt hat. Die heute noch nicht absehbare Flächeninanspruchnahme bedarf aber der Offenheit einer flexiblen Planung.

Ausbau Wissenschaft und Forschung

Mit dem frei werden der Fläche der ehemaligen Sendeanstalt der Deutschen Welle auf der Merscher Höhe bei Jülich bietet sich die Chance gemeinsam mit der Fachhochschule Aachen (Standort Jülich) einen weiteren Forschungscampus unter Beteiligung interessierter Unternehmer zu entwickeln. Dies kann Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten schaffen. Die Nähe des Forschungszentrums Jülich ist dabei eine wichtige Ergänzung. Dies wird ein wichtiger Beitrag zum Umbau der Energieregion von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbarer Energie. Die damit verbundene Entwicklung von Energiespeicher stellt einen wichtigen nachhaltigen Beitrag zur wirtschaftlichen Sicherung der Region dar.

Mobilität

Die Region ist gekennzeichnet als wichtiger Raum in den europäischen Transitwegen von der Nordsee in den östlichen Teil Europas und zum Mittelmeer. Hier muss, um den Anforderungen gerecht zu werden, eine deutliche Verbesserung (auch Ausbau) der Schieneninfrastruktur sichergestellt werden. Der Bahnknoten Köln als Drehscheibe des Westens ist dabei den Anforderungen des Schienenverkehrs entsprechend auszubauen. Die unterschiedlichen Entwicklungen im Regierungsbezirk in Bezug auf die Bevölkerungszunahme in den Zentren und deren Abnahme in der Fläche erfordern flexibel Mobilitätskonzepte.

Der Regierungsbezirk Köln ist unter dem Strich eine Wachstumsregion. Vor allem in den Ballungsräumen muss für eine bedarfsgerechte Infrastruktur sowohl im ÖPNV als auch im Individualverkehr gesorgt werden. Hierzu gehört auch eine zusätzliche Rheinquerung.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Hans-Joachim Bubacz
(Fraktionsvorsitzender)